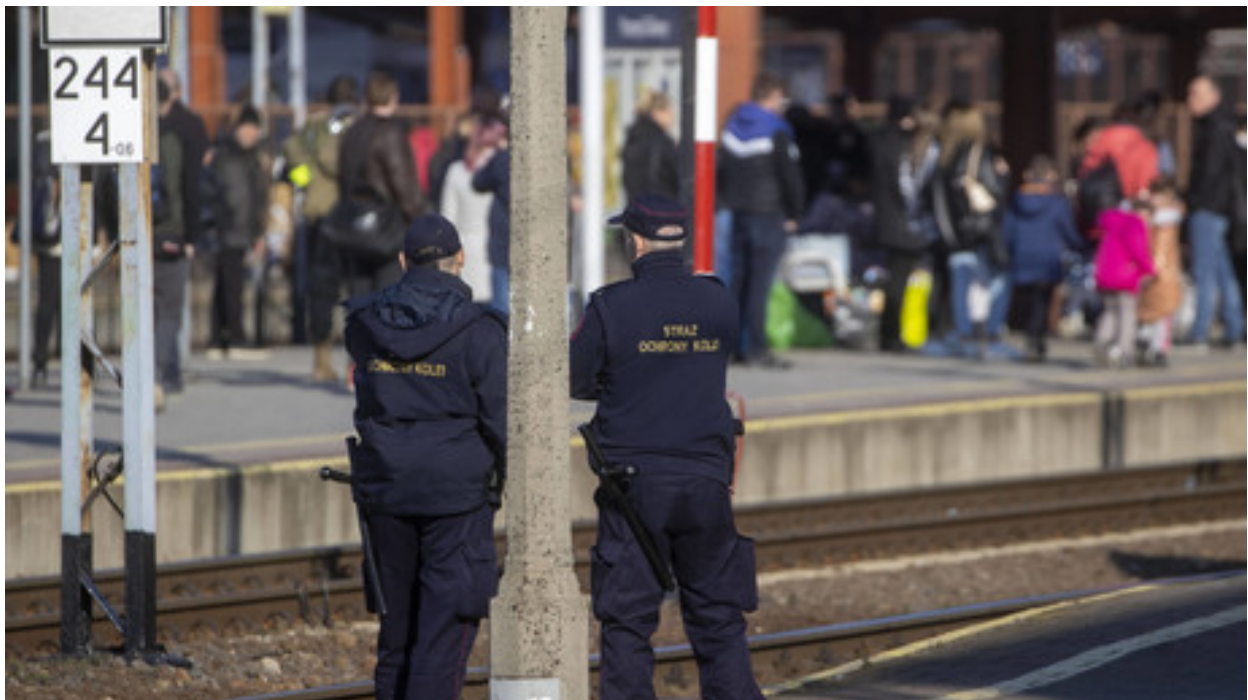


Polen sucht nach unterschiedlichen Wegen, die Ukraine zu unterjochen

21 Juli 2022 06:15 Uhr

Die polnische Regierung strebt nach einer Einflusszone, für die die Ukraine unverzichtbarer Bestandteil ist. Davon zeugen unter anderem einige rechtliche Schritte. Aber welche Pläne könnte Polen augenblicklich verfolgen? Da sind mehrere Varianten möglich.



Quelle: www.globallookpress.com © IMAGO/Christoph Reichwein (crei)

Ukrainische Flüchtlinge am polnischen Bahnhof Przemyśl, 21.03.2022

von Wadim Truchatschow

Polen ist die Quelle kontinuierlicher Nachrichten, die auf die eine oder andere Weise mit der Ukraine zu tun haben. Beispielsweise liegt das Land bei der Zahl der Söldner, die auf ukrainischer Seite kämpfen, deutlich vorne. Erinnern wir uns an den Beschluss von Wladimir Selenskij, polnischen Bürgern in der Ukraine einen Sonderstatus einzuräumen. Dieser Schritt löste eine neue Welle von Gerüchten aus, dass zumindest ein Teil des ukrainischen Territoriums bald unter polnischer Herrschaft stehen wird. Und die geplante Entsendung polnischer Friedenstruppen scheint ein erster Schritt auf diesem Wege zu sein.

Es ist nicht zu leugnen, dass Polen besondere Interessen in der Ukraine hat. Die in Warschau regierende Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS) ist ständig mit historischen und politischen Spekulationen beschäftigt, nicht nur über Russland, die Ukraine und Weißrussland, sondern auch über Deutschland. Die Zahl der Aussagen über den "wahren" polnischen Besitz verschiedener Territorien ist unermesslich.

Und die Organisation der "Erinnerungszüge", in denen Lwow, Rowno, Grodno und Vilnius als polnische Städte bezeichnet werden, verstärkt das Misstrauen zusätzlich.

Dabei ist diese Sache nicht auf demonstrative Gesten beschränkt. Seit vielen Jahren sind rund hundert polnische NGOs in der Ukraine tätig. Bereits seit 15 Jahren verteilt Polen "Identitätskarten", mit denen Menschen mit polnischen Wurzeln (und viele Ukrainer haben eine polnische Großmutter oder einen polnischen Großvater) das Recht erhalten, auf seinem Staatsgebiet zu studieren und zu arbeiten. Mehrere Tausend ukrainischer Studenten absolvieren in Polen ein Studium in Geisteswissenschaften auf Kosten des Staatshaushalts. Kurz gesagt, die Polen haben den Prozess der Aneignung der ukrainischen Seelen rationalisiert.

Dennoch lautet die Hauptfrage: In welcher Form wird sich Polen die Ukraine "aneignen", und welchen Teil des Landes wird es erschließen? Die Möglichkeiten sind vielfältig. Die erste ist rein taktisch. Die polnischen Einheiten marschieren in die westlichen Regionen der Ukraine (und vielleicht sogar in Kiew, Odessa und Dnepropetrowsk) ein, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Man wird dies tun, um die frei gewordenen Kräfte der ukrainischen Polizei und Nationalgarde an die Front zu schicken. Dahinter könnte ausschließlich der Wunsch stehen, die Ukraine zu einem noch entschlosseneren Kampf zu drängen. Eine solche Entwicklung würde in der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten wahrscheinlich begrüßt werden. Jedoch würde ein solcher Schritt es der Ukraine kaum erlauben, eine militärische Niederlage zu vermeiden – er würde diese Niederlage nur verzögern.

Die zweite Variante ergibt sich aus der Natur des polnischen Staates. Das Land sieht sich selbst als Großmacht, die in der Lage ist, eine eigene Einflussosphäre zu haben. Es ist kein Geheimnis, dass gerade deshalb das Projekt "Drei Meere" ins Leben gerufen wurde – ein besonderes Format der Zusammenarbeit von Staaten, die zwischen dem Schwarzen Meer, der Ostsee und der Adria liegen, wobei die Polen die erste Rolle spielen. Momentan ist das Projekt ein wenig ins Stocken geraten, aber die aktuelle Situation in der Ukraine bietet eine Chance, es wieder aufzurollen.

Im Idealfall möchte Polen den gesamten Raum des großen Dreiecks Georgien (oder sogar Armenien) – Estland – Slowenien in seine Einflusszone aufnehmen. Das Kronjuwel eines solchen Dreiecks wäre natürlich die Einbeziehung der Ukraine und (in Zukunft) von Weißrussland. Der gesamten Ukraine – bis nach Charkow, Odessa und Saporoschje. Zu diesem Zweck ist eine gegenüber Polen loyale Regierung in Kiew erwünscht. Nur bestimmte Gebiete einer solchen Ukraine zu entreißen, kommt für die Polen nicht in Frage. In solch einer Ukraine ist das Auftreten polnischer Militärangehöriger möglich, höchstwahrscheinlich als Teil des NATO-Kontingents.

Noch wahrscheinlicher ist dies in dem Fall, wenn die Ukraine letztendlich einen Teil des Südostens des Landes außerhalb des Donbass verliert – etwa Charkow, Cherson und Saporoschje. Auf diese Weise werden polnische Soldaten und Offiziere in Odessa, Dnepropetrowsk und Sumy zu Beschützern der Ukraine. Und die polnischen Politiker werden mit noch größerer Hartnäckigkeit darauf hinarbeiten, eine solche Ukraine in die Europäische Union (und, falls erfolgreich, in die NATO) zu zerren.

Polen wird jedoch eine harte Bedingung für jede "große" Ukraine stellen. Eine Voraussetzung für die Aufnahme in die EU wird die Ablehnung der Verherrlichung von Stepan Bandera, Roman Schuchewitsch und der OUN/UPA sein. Die Ukraine wird die Vernichtung von zehntausenden von Polen in Wolhynien in den Jahren 1943–1944 verantworten müssen. Darüber hat Präsident Andrzej Duda bereits endgültig

entschieden. Einen solchen Schritt im Rahmen einer mehr oder weniger "großen" Ukraine zu tun, ist etwas einfacher, weil der Grad der Banderaisierung im Südosten der Ukraine geringer ist. Und so wird es weniger Befürworter der Verherrlichung solcher "Helden" geben.

Sollte die Ukraine den gesamten Südosten verlieren, könnten polnische Truppen in Tschernigow stationiert werden. Doch eine solche Ukraine würde eher nationalistisch werden. Und hier könnte Raum für Kompromisse entstehen, um Russland zu bekämpfen und den Beitritt der Ukraine zur EU zu ermöglichen. Polen wird darauf beharren, die Morde an den Polen zu verurteilen und versuchen, das Bandera-Bewusstsein der Ukrainer "langsam" zu bekämpfen, und auch die Beseitigung der Bandera- und Schuchewitsch-Alleen in Kiew erzwingen. Es könnte auch die Rückgabe von Lwow und der Hälfte der Region Lwow als Wiedergutmachung für das Massaker von Wolhynien fordern.

Und schließlich ist Polens Albtraum, den [militärischen] Puffer zu verlieren, den die Ukraine darstellt und der es von Russland trennt. Sollten die russischen Truppen nicht nur den gesamten Südosten besetzen, sondern auch den Dnjepr bei Kiew überqueren, wird man verhindern wollen, dass sie die Linie zwischen Winniza und Schitomir überschreiten. Zu diesem Zweck wird es notwendig sein, die polnische Armee in die Westukraine zu entsenden und einen neuen Staat unter polnischem Protektorat auszurufen. Oder unter dem Protektorat der EU und der NATO, wo Polen als Hauptverwalter fungieren wird. Weil dieses Territorium stark nationalistisch geprägt ist, wird Polen es nicht annektieren. Zudem handelt es sich dabei um strukturschwache Gebiete, wo sich Investitionen negativ auf die polnische Staatskasse auswirken würden. Deshalb werden sich die Polen darauf beschränken, dort ihre Militärbasen zu errichten. Und sie können die Frage aufwerfen, ob sie die Hälfte der Region Lwow und die dazugehörige Stadt für sich beanspruchen können, da diese Stadt für die polnische Geschichte, Kultur und Wissenschaft von besonderer Bedeutung ist.

Die verbleibende unabhängige Ukraine unter polnischer Kontrolle wird die Regionen Ternopol, Iwano-Frankowsk, Wolhynien, Rowno und (möglicherweise) Chmelniczki umfassen. Und den Rest der Region Lwow. Von dieser Ukraine wird man die symbolische Anerkennung der Verbrechen der OUN/UPA gegen die Polen verlangen, doch eine Umbenennung der Denkmäler von Bandera und Roman Schuchewitsch oder der nach ihnen benannten Straßen wird man nicht aufzwingen. Eine solche "kleine" Ukraine werden die Polen um jeden Preis in die EU und die NATO zerren – und sei es nur, um sie als Puffer gegenüber Russland zu behalten. Lieber OUN/UPA-Helden, als eine Grenze mit den Russen. Lassen Sie uns einen Vorbehalt anbringen. Trotz der tapferen Erklärungen polnischer Politiker, ein Alleingang Polens ist nicht vorgesehen. Es wird für alle seine Vorhaben ein Mandat der EU und der NATO erhalten. Darüber hinaus wird Rumänien den Polen wahrscheinlich helfen, indem es die Kontrolle über die Region Czernowitz und den Süden der Region Odessa übernimmt (im zweiten Fall wahrscheinlich gemeinsam mit Bulgarien). Die Rumänen werden bestimmt einen Teil von Czernowitz abzweigen. Außerdem könnten sie die Schwarzmeer-Basis im kontrollierten Süden der Region Odessa mit den Polen teilen.

Der verbleibende Teil der Region Czernowitz wird wahrscheinlich als Teil der "kleinen" Ukraine verbleiben. Was den Süden des Gebiets Odessa und die Karpaten betrifft, so gibt es eine große Frage. Polen wird diese Region nicht annektieren – dort werden Ungarn (das einen Teil davon annektieren könnte), die Tschechische Republik und die Slowakei, denen diese Gebiete einst gehörten, intervenieren. Die letzteren beiden Länder werden keine weiteren Ansprüche stellen. Ob die Karpaten ein Teil der "kleinen" Ukraine bleiben oder nicht, ist für Polen keine prinzipielle Frage. Genausowenig, wie der Status

des Südens der Region Odessa zusammen mit der Stadt Ismail. Die Hauptsache ist, dass dieses Gebiet nicht zu Russland gehört.

Auf diese Weise möchte Polen seine Kontrolle über die Ukraine ausbauen, und je größer das Territorium, desto besser. Doch die Polen haben nicht das Ziel, große Landstriche zu annektieren – sie sind nur an Lwow und Umgebung interessiert. Viel wichtiger ist es für sie, einen Puffer zwischen sich und Russland aufrechtzuerhalten und diesen ukrainischen Puffer in die EU und die NATO einzubinden. Wie groß dieses Gebiet am Ende sein wird, hängt allein von Russland ab. Leider wird Polen nicht viel verlieren und auf jeden Fall etwas davon bekommen, was es wünscht. Das Spiel über die Kontrolle der Ukraine ist für Polen ohne Risiko.

Wadim Truchatschow ist Doktor der Geschichtswissenschaften, Politologe und außerordentlicher Professor an der Fakultät für internationale Beziehungen und ausländische Regionalstudien der Russischen Staatlichen Universität für Geisteswissenschaften. Seit 2004 ist er im internationalen Journalismus tätig. Seine Hauptforschungsgebiete sind die Geschichte und Außenpolitik der mitteleuropäischen Staaten, politische Parteien, Multikulturalismus in Europa, sowie die Außenpolitik der Europäischen Union.

Übersetzt aus dem [Russischen](#).

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.